

lichkeit zugesprochen werden, besonders gut veranschaulichen: Sicher braucht es den Einzelnen, der durch seine Person wie durch sein Amt Menschlichkeit und Friedfertigkeit symbolisiert, an den sich in besonderem Maß die Hoffnung knüpfen kann, es werde mit der Welt doch noch gut ausgehen. Nur konnte und kann man sich teilweise des Eindrucks nur schwer erwehren, daß, wie sonst häufig, negative Erfahrungen einem Sündenbock aufgeladen wurden, man nun bereitwillig Hoffnungen und Erwartungen auf die eine, durch ihr Amt dazu sicher prädestinierte Person konzentriert, sich damit aber auch eine gewisse Entlastung schafft. Gewiß kann am Mordanschlag auf den Papst in frappierender Weise sichtbar werden, wie wenig diese Welt eigentlich im Lot ist, aber für eine solche Feststellung müßte schon der unverstellte Blick auf die uns umgebende und die uns tagtäglich von den Medien nahegebrachte Wirklichkeit genügen. Angesichts der zahlreichen alltäglichen Unmenschlichkeiten, die oft mehr oder weniger achselzuckend hingenommen werden, kann sich manches, was an Entsetzen im Blick auf das Attentat gegen Johannes Paul II. geäußert wurde, leicht unglaubwürdig ausnehmen. Es wäre schlimm genug, wenn uns, wie gelegentlich geschrieben wurde, wirklich nur noch der Papst heilig wäre. Soll es nicht beim folgenlosen Lamentieren bleiben, müßte man – und das könnte eine wünschenswerte Konsequenz der Reaktionen auf den Mordanschlag gegen den Papst sein – die großen Worte des Entsetzens und der Hoffnung auch wirklich so *wörtlich* nehmen, daß sie ihre Wirkung im politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Alltag entfalten können, ohne daß deswegen dessen Zwänge und Eigengesetzlichkeiten ausgeschaltet oder übergangen werden müßten: „Wenn das Entsetzen nicht nur ein isolierter Reflex bleiben soll, wenn die Worte ernst genommen werden sollen, so müssen sie eingehen in umfassende, wenn auch zerbrechliche Bemühungen, dem Morden und Leiden auch dort Einhalt zu gebieten, wo sie den homo absconditus, den Menschen also treffen, der sonst nicht gesehen wird“

(Robert Leicht, in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. 5. 81).

Noch ist nicht vorauszusehen, ob und wie sich der *Stil des Pontifikats* nach der Genesung Johannes Pauls II. verändern wird. Jedenfalls wird der Papst sicher auch in Zukunft eine seiner Grundaufgaben darin sehen, zum Frieden und zur Verständigung zu mahnen und seine Stimme gegen die Gewalt zu erheben. Er wird das auch weiterhin nur mit den begrenzten Möglichkeiten tun können, die ihm und seiner Kirche zu Gebote stehen, einer Kirche, die viele Opfer ungerechter Gewalt zu beklagen hat und in den Zwängen von Gewalt und Gegengewalt oft nur mühsam ihren Weg findet. Johannes Paul II. wird dabei auch

in Zukunft bei weitem nicht alle Erwartungen einlösen können, die sich auf ihn und auf sein Amt richten.

Gerade deshalb sollte der Blick auf den Papst und die Sorge um ihn jeden Einzelnen, gesellschaftliche Gruppen und Staaten nicht von ihren Aufgaben in der Bemühung um mehr Menschlichkeit und gegen Gewalt *entlasten*, sondern sie nachdrücklich dazu *ermutigen*. Das gilt sicher auch, aber nicht nur für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus in seinen verschiedenen Spielarten. Angst und Hoffnung dürfen nicht in Reservate abgedrängt und damit wirkungslos gemacht, sondern müssen produktiv werden. An Bewährungsfeldern dafür fehlt es weiß Gott nicht. U. R.

Kirche in Holland: negative Zwischenbilanz

Als die Sondersynode der Niederländischen Bischöfe am 31. Januar 1980 beendet wurde, war trotz des vorsichtigen Optimismus der Bischöfe in der niederländischen Kirche und Öffentlichkeit weithin *Skepsis* zu spüren, ob es auf der Basis der Aussagen und Absichtserklärungen des Schlußdokuments (vgl. HK, April 1980, 182–188) gelingen würde, Lösungswege für die in vielerlei Hinsicht verfahrenere innerkirchliche Situation zu finden. Daß die Skeptiker zum allergrößten Teil zumindest bisher recht behalten haben, wurde durch einen Brief bestätigt, den der Erzbischof von Utrecht und Vorsitzende der Niederländischen Bischofskonferenz, Johannes Kardinal Willebrands, am 25. April an die Priester seines Bistums richtete. Unter der Überschrift „Ein Jahr danach“ wurde darin eine ernüchternde Bilanz aufgemacht: „Von Anfang an ist diese Synode von der Mehrheit der Priester, von den Pastoralreferenten und von vielen Laien, die aktiv in der Pastoral tätig sind, negativ aufgenommen worden.“

Willebrands stellte fest, daß in den vergangenen Monaten die Erwartungen hinsichtlich einer größeren Einigkeit der Bischöfe enttäuscht worden seien; vielmehr seien die bestehenden

Konflikte wieder deutlich in den Vordergrund getreten: „Enttäuschung, Verbitterung, offener Widerstand gegen die Bischöfe, und, was vielleicht am schlimmsten ist, wachsende Gleichgültigkeit der Kirche gegenüber sind die Folgen.“

Anschauungsmaterial für die Richtigkeit dieser Diagnose kann nicht zuletzt der Blick auf die konkreten Vorhaben liefern, zu denen sich die niederländischen Bischöfe mit ihrer Unterschrift unter das Schlußdokument der Synode verpflichteten. Während die Arbeit der nach der Synode eingesetzten *Kommission für die Probleme der Laienmitarbeit* in der Kirche im allgemeinen und der *Pastoralreferenten* im besonderen ihre Arbeit durchführen konnte (seit kurzem liegt ein Bericht als Ergebnis der Kommissionsarbeit vor, der im Herbst von der Bischofskonferenz beraten werden kann), geriet die *Kommission für die Priesterausbildung*, die sich um die theologischen Ausbildungsstätten kümmern sollte, gleich zu Beginn ihrer Arbeit in eine Sackgasse: Bischof *Gijzen* von Roermond, eines der drei bischöflichen Kommissionsmitglieder, hatte sich geweigert, auf die von der Zentralen Kommission für die Theologischen Hochschulen (C. B. C.) ge-

stellte Bedingung einzugehen, nach der während der Arbeit der Kommission die Bischöfe keine Urteile über die Qualität der zu untersuchenden Ausbildungsstätten abgeben sollten. Es bedurfte nicht nur zahlreicher Beratungen der Niederländischen Bischofskonferenz, sondern auch zweier Sitzungen des dreiköpfigen Rates der Sondersynode in Rom, um eine Kompromißlösung zu finden, die zumindest die Weiterarbeit der Kommission für die Priesterausbildung ermöglichen soll. Demnach bleibt Bischof Gijzen zwar nominell Mitglied der Kommission, er beteiligt sich aber nicht an den direkten Gesprächen mit der Zentralkommission und den einzelnen Hochschulen und wird auch nicht verantwortlich an der Erstellung des der Bischofskonferenz vorzulegenden Abschlußberichts mitwirken.

Dafür wurde Bischof Gijzen von der Bischofskonferenz zum Vorsitzenden der kürzlich gebildeten Kommission bestimmt, die – ebenfalls aufgrund einer Bestimmung des Abschlußdokuments der Synode – die Möglichkeit der *Neueinteilung*, sprich *Vermehrung der Bistümer* in der niederländischen Kirchenprovinz untersuchen und darüber bis zum Mai nächsten Jahres eine Studie vorlegen soll. Auch in dieser Frage werden die Akzente unter den Bischöfen verschieden gesetzt: Während Kardinal Willebrands, ohne damit die Ergebnisse der Kommissionsarbeit vorwegnehmen zu wollen, in seinem Brief an die Priester und noch deutlicher in einem darauf bezogenen Fernsehinterview für eine größere Zahl von Bischöfen für die niederländische Kirche plädierte, sprach sich Bischof *Bluyssen* von 's-Hertogenbosch, dem Bistum mit der weitaus größten Katholikenzahl, nochmals unmißverständlich gegen eine eventuelle Aufteilung seiner Diözese aus. Bei der gegenwärtigen Lage seien strukturelle Änderungen eine lebensgefährliche Angelegenheit.

In den ergänzenden Bestimmungen zum Schlußdokument der Sondersynode war festgehalten worden, daß Bischof Gijzen die Zusammenarbeit mit den anderen Bischöfen bezüglich der Päpstlichen Missionswerke, der Bi-

schöflichen Fastenaktion und der Woche des Niederländischen Missionars wiederaufnehmen werde. Bevor noch die dafür eingesetzte bischöfliche Kommission ihre Gespräche mit den verschiedenen Missionsorganisationen zum Zweck einer Wiedereinbindung der Roermonder Separatunternehmungen zu Ende führen konnte, kam es zum Eklat, als Dekan *M. G. H. Gelissen* von Gennep aus der Diözese Roermond in einem Mitte Februar in Millionenaufgabe im ganzen Land verbreiteten Faltblatt schwere Vorwürfe gegen den Kurs der übrigen Bischöfe und der gesamt-niederländischen Missionsorganisationen erhob und für die Unterstützung der Fastenaktion Limburg warb. Während sich Bischof Gijzen zu der Sache überhaupt nicht äußerte (Dekan Gelissen erklärte, sein Bischof stimme mit dem Inhalt des Faltblattes überein), distanzieren sich die anderen Bischöfe recht unmißverständlich von dieser Aktion. So schrieb Kardinal Willebrands in einem Brief an seine Priester vom 17. Februar, dieser Angriff auf die bischöfliche Fastenaktion und auf die Bischöfe untergrabe die Einheit, rufe bei vielen Unruhe, Entmutigung und Gleichgültigkeit hervor.

Die von der Sondersynode so vielbeschworene „*Communio*“ unter den niederländischen Bischöfen ist also bisher *mehr Wunsch als Wirklichkeit* geblieben. Nicht umsonst beklagte Kardinal Willebrands in seinem Brief vom 25. April, daß die Gemeinschaft der Bischöfe im Glauben in ihrer Amtsführung nicht zum Ausdruck komme, und auch Bischof *Bluyssen* machte unlängst die weiterbestehenden Gegensätze im Episkopat als den Kern der innerkirchlichen Probleme namhaft.

Fragt man nach den *Ursachen* für den weithin eingestandenen Mißerfolg der Sondersynode, so darf man sich nicht auf die Meinungsverschiedenheiten unter den Bischöfen, genauer die Schwierigkeiten mit dem Kurs und der Person des Bischofs von Roermond beschränken. Kardinal Willebrands führte in seinem Brief noch zwei andere Gründe an, die zum negativen Echo auf die Synode und zum Widerstand gegen ihre Ergebnisse beigetra-

gen hätten, die aber äußerlich blieben und daher nicht viel erklären könnten: Zum einen seien – das war während und nach der Synode ein Standardvorwurf – durch die offiziellen Pressecommuniqués die Gegensätze zuge deckt worden und hätte man die Presse nicht zureichend informiert. Zum anderen wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, erst zu einem späteren Zeitpunkt ein Schlußdokument vorzulegen, in dem dann die Bandbreite der Synodendiskussion besser zum Ausdruck hätte kommen und das den theologischen Hintergrund stärker hätte sichtbar machen können.

Im Grund machen die Entwicklungen und Vorgänge der letzten Monate deutlich, daß durch die Synode die *Polarisierung* innerhalb des niederländischen Katholizismus nicht nur nicht gemildert, sondern in ihrer Folge in mancher Hinsicht eher noch *verstärkt* wurde. Auf der einen Seite stehen Vorwürfe, wie sie beispielsweise das erwähnte Faltblatt von Dekan Gelissen erhebt: Die Bischöfe hätten nach ihrer Rückkehr aus Rom unter dem Druck ihrer Umgebung die von ihnen gemeinsam unterzeichneten Synodenbeschlüsse abgeschwächt und versichert, es könne alles wie zuvor weitergehen: „Und es ging wie gewohnt weiter... weiter bergab.“

Nicht zuletzt ausgelöst durch die eher restriktiven Aussagen des synodalen Schlußdokuments über die Stellung des Amtes und die Aufgaben der Laien in der Kirche sind andererseits inzwischen in allen Bistümern (Ansätze dazu gab es allerdings schon vor der Synode) „*Vereinigungen von in der Pastoral Tätigen*“ gebildet worden, die sich auch auf nationaler Ebene in einem Dachverband organisiert haben. Sie umfassen sowohl Priester wie Pastoralreferenten, tragen teilweise gewerkschaftliche Züge und bestehen auf ihrer Unabhängigkeit gegenüber den Bischöfen. Diese wiederum hatten sich im September vergangenen Jahres zwar grundsätzlich positiv zur Bildung solcher Vereinigungen geäußert, gleichzeitig aber als Bedingungen festgehalten, daß die Statuten den allgemeinen Bestimmungen für katholische Vereinigungen entsprechen und die

neuen Vereinigungen ihre Ziele in loyalem Kontakt mit der kirchlichen Autorität anstreben müßten.

Die hier hervortretenden, noch nicht ausgetragenen Spannungen lassen deutlich werden, worum es auch nach der Sondersynode und durch ihre Ergebnisse noch verstärkt in der niederländischen Kirche letztlich geht: Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht das *Kirchen- und Amtsverständnis*. Nicht umsonst widmete Kardinal Willebrands den größten Teil seines Briefes vom 25. April diesem Thema. Er versuchte den Vorwurf zurückzuweisen, das Kirchenbild, wie es im Schlußdokument der Synode durchgängig zum Ausdruck kommt, widerspreche den Aussagen des Zweiten Vatikanums. Wo die Kritik einer Verdunkelung der Einsicht in die Sakramentalität von Kirche und Amt entstamme, berühre sie die Grundlagen des katholischen Glaubens. Es sei verständlich, daß man so in Gegensatz zur traditionellen Lehre über das Verhältnis von Bischöfen, Priestern und Laien gerate.

Diese Passagen im Brief des Kardinals zeigen auch, wie *schwierig* sich die Situation für die offen-gesprächsberedte Mehrheit im niederländischen Episkopat gerade nach der Synode ausnimmt: Einerseits sind die Bischöfe gehalten, Bestimmungen in die Tat umzusetzen, über die sie teilweise, wie zahlreiche Aussagen der letzten Mo-

nate belegen, trotz ihrer Zustimmung in Rom ganz und gar nicht glücklich sind. Andererseits müssen und wollen sie sich aber, wobei hier die Akzente bei den einzelnen Bischöfen etwas unterschiedlich gesetzt werden, bei aller Dialogbereitschaft und bei allem Willen zur Fortführung ihrer theologisch-pastoralen Grundlinien gegenüber Strömungen und Positionen abgrenzen, die in das katholische Kirchenverständnis auch bei offener Auslegung nicht mehr integrierbar sind. Dazu kommen unmißverständliche, auf Klärung dringende *Signale aus Rom*: Johannes Paul II. hatte in seinem Brief an die niederländischen Bischöfe vom 2. Februar (vgl. HK, März 1981, 160) diese deutlich zur Ausführung der Synodenbeschlüsse ermahnt, die „uns vor Gott und der Kirche im Gewissen binden“. Gleichzeitig erinnerte der Papst vor allem an die vom Schlußdokument urgierte Unterscheidung der Aufgaben von Priestern und Laien.

Es ist für die gegenwärtige Situation der niederländischen Kirche bezeichnend, daß in den letzten Wochen gelegentlich das Stichwort fiel, eine *neue Synode* könnte angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten notwendig werden. Nichts könnte besser deutlich machen, wie wenig bisher die Sondersynode die Bewältigung der innerkirchlichen Krisenerscheinungen hat befördern können. U. R.

Seite aus, müßte, das wird in dem Papier eingeräumt, die gesamte Strategie zum Erliegen kommen. Das Konzept „setzt darauf, daß durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen (die die Verteidigungsfähigkeit und Mindestabschreckung nicht gefährden) Ängste und Mißtrauen abgebaut werden und dadurch immer mehr Probleme in Verhandlungen erfolgreich bearbeitet werden können“. Und es setzt ferner darauf, daß sich „kein Land und kein Bündnis auf Dauer einer erkennbar veränderten Grundeinstellung seines Gegners entziehen kann“. Um diese Strategie voranzutreiben, werden drei Schritte von recht unterschiedlichem militärstrategischem Gewicht vorgeschlagen:

1. Die Bundesregierung soll einer Stationierung von mehr oder von moderneren Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zustimmen und im Bündnis darauf hinwirken, daß vorhandene Potentiale vermindert werden. Damit soll gegenüber dem Osten auf ein erhöhtes Angriffspotential verzichtet und der Wunsch des Westens nach Entspannung und Abrüstung glaubhafter gemacht werden.
2. Die eigenen Streitkräfte sollen so *umgerüstet* werden, daß sie zwar das eigene Territorium wirksam verteidigen, aber zu einem Angriff über die Grenzen des eigenen Landes hinaus „strukturell unfähig“ werden. Zur Begründung wird angeführt, die Minderung der Furcht vor einem Angriff des Gegners sei eines der wirksamsten Mittel der Kriegsverhütung. Abbau der Angst werde aber mehr noch als durch Verminderung der Waffenzahl und -stärke durch solche Umrüstung auf rein defensive Aufgaben erreicht. Beispielsweise sollen Panzerverbände allmählich durch kleinere Einheiten mit Präzisionslenkwaffen zur Panzerbekämpfung ersetzt werden. Von einer solchen Umrüstung versprechen sich die Autoren drei Vorteile: die Wahrscheinlichkeit massiver atomarer Schläge des Ostens gegen die Bundesrepublik würde verringert; der Westen werde nicht mehr länger genötigt, Atomwaffen zuerst einzusetzen bzw. mit deren Einsatz zu drohen; wegen fehlender Eignung zur Offensive würde die defensive Absicht der west-

Schrittweise Abrüstung: auf welchen Wegen?

Anfang Mai veröffentlichte eine im Umkreis des Heinrich-Pesch-Hauses (Ludwigshafen) und der Evangelischen Akademie Arnoldshain angesiedelte Arbeitsgruppe ein Papier „Schritte zur Abrüstung“. Die Gruppe, der außer den Akademieleitern auch eine Reihe von Journalisten angehören, will die Abrüstungsdiskussion in den Kirchen beleben und diese selbst „strategisch“ in ein neues Stadium führen.

Kernthese des Papiers ist das auch anderswo mehrfach ventilerte Konzept einer „*gradualistischen Abrüstungsstrategie*“. Gemeint ist damit ein Abrü-

stungskonzept, das weder unmittelbar noch stufenweise auf Rüstung überhaupt verzichtet, wohl aber eine Verminderung der Rüstung durch einseitige Schritte vorsieht. Sie geht von der Bewahrung einer, wie die Autoren schreiben, ausreichenden, zur Zeit auch noch nuklearen Abschreckungskapazität aus, die so groß sein muß, daß der Angriff des Gegners zu einem nicht kalkulierbaren Risiko wird. Aber man verzichtet *bewußt* auf militärisches Gleichgewicht in der Hoffnung, daß der Gegner ebenfalls mit Schritten zur Abrüstung reagiert. Blieben die erhofften Reaktionen auf der anderen